

## Staatsanwalt sieht Strafverfolgung nicht mehr als gewährleistet an

Er spricht ein offenes Geheimnis aus: Der für Mord und Totschlag zuständige Oberstaatsanwalt Ralph Knispel in Berlin beklagt eine nachlässige Strafverfolgung, Überlastung der Behörden und eine schlechte Ausstattung und Personalknappheit in Justiz und Polizei. Diese würde dazu führen, dass Strafverfahren aus »Notwehr« eingestellt würden. Wir beenden viel zu viele Ermittlungsverfahren vorzeitig – angeblich wegen geringer Schuld, so Staatsanwalt Knispel. Mit einer konsequenten Verfolgung von Straftaten hat das nichts mehr zu tun, teilte er gegenüber der Presse mit. Es sei vielmehr Ausdruck einer verzweifelten Justiz. »Um überhaupt irgendwie den Kopf über Wasser halten zu können, legen wir Straftaten zu den Akten. Diebstähle, Betrügereien, Körperverletzungsdelikte – all das bleibt oft ungestraft, selbst wenn wir die Beschuldigten kennen. Immer seltener erheben wir Anklage, führte er weiter aus und schildert die Lage unseres angeblich funktionierenden Rechtsstaates in drastischen Worten.



Sie nennen sich Volksvertreter und regieren regelmäßig am Willen der Bevölkerungsmehrheit vorbei. Kritik wird ausgeblendet oder die Äußernden werden als Verschwörungstheoretiker und Demokratiefeinde diffamiert. Daher sehen wir jene nicht als unsere Vertreter an, die am Willen des Volkes vorbeiregieren.

## Banken mit Strafzinsen wegen Guthabens auf dem Konto

Banken haben den Negativ-Zins für sich entdeckt. Wer Geld auf dem Konto hat, braucht nicht mehr mit Gewinnen zu rechnen, sondern darf jetzt auch noch draufzahlen, wenn er einige Euro zu viel angespart hat. Was sich wie ein schlechter Scherz anhört ist aber traurige Realität und dürfte so manche Matratze wieder mit Geldscheinen anwachsen lassen.

Hintergrund ist der angekündigten Strafzins von 0,5 Prozent. Wer hiermit nicht einverstanden ist oder den Betrag auf seinem Konto nicht freiwillig reduziert, der muss damit rechnen, dass die Bank das Geld an das Amtsgericht zwangsüberweist, wo es bis auf Weiteres hinterlegt wird. Betroffen sind Kunden mit einer Einlage ab 250.000 Euro auf Spar- und Festgeldkonten. Damit sind erstmal die meisten Bürger nicht betroffen, aber Strafzinsen werden häufig schon ab 100.000 Euro erhoben. Und niemand weiß, wo die Entwicklung noch hingeht.

## Führende Politiker wollen AstraZeneca Impfstoff unbedingt verwenden

Einer der Impfstoffe, der angeblich deutlich weniger gegen den Corona-Virus schützen und mehr Nebenwirkungen haben soll, wird künftig wahrscheinlich ohne die bisherige Auswahl unter das Volk gebracht. Verbreitet schwand die Akzeptanz, mehr als eine Million Dosen des Impfstoffs lagen zuletzt ungenutzt herum und warten nun auf die Verwendung. Eine festgelegte Reihenfolge bestimmt, wer zuerst gegen das Coronavirus geimpft werden darf.

Bayerns Ministerpräsident Söder schlug vor, die Dosen des AstraZeneca-Impfstoffs aus den Depots der Bundesländer zur Impfung für alle freizugeben. Es darf keine Dose von AstraZeneca übrigbleiben oder

weggeschmissen werden, teilte er gegenüber der Presse mit und ließ dabei unberücksichtigt, warum immer weniger Deutsche den Impfstoff ablehnen.

Der Corona-Impfstoff von AstraZeneca hat in Deutschland einen schwierigen Stand. Das liegt zum einen daran, dass die Vakzine bisher nur für Menschen unter 65 Jahren vorgesehen ist, wengleich die Ständige Impfkommission (Stiko) angekündigt hat, ihre Empfehlung zu überdenken. Offenbar soll hierdurch die Kritik im Keim erstickt werden, wenn von bisherigen Meinungen abgewichen wird.

Zum anderen haben viele Jüngere, die mit dem Mittel eigentlich geimpft werden könnten, Bedenken aufgrund von

Berichten über Nebenwirkungen und eine verringerte Wirksamkeit im Vergleich zu anderen Vakzinen.

Deutschland müsse beim Impfen Tempo machen, forderte CSU-Söder. Der bayerische Ministerpräsident strebt eine bundesweite Regelung an, die Impfreiheitenfolge zu lockern. Zudem solle der Impfstoff auch durch Hausärzte verabreicht werden können. Frei nach dem Motto: Hauptsache die Dosen sind verbraucht und die Bedenken konsequent ignoriert. Auch der grüne Ministerpräsident Kretschmann aus Baden-Württemberg sprach sich inzwischen dafür aus, den Zugang zum Impfstoff für alle Bevölkerungsgruppen zu öffnen.

# Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

**DIE**  
**REPUBLIKANER** **REP**

## Erneut Krawalle in Stuttgart

Mehrere Hundert Menschen haben sich am 27.02.2021 in Stuttgart in der Innenstadt getroffen. Anfänglich war die Stimmung ausgelassen und friedlich. Genau das sollte sich dann im weiteren Verlauf ändern. Die überwiegend jungen Menschen – auffallend häufig solche mit erkennbarem Migrationshintergrund – haben sich der Königsstraße im Bereich des Schlossplatzes sowie des Königsbaus getroffen, ein Großteil von ihnen soll sich nicht an Abstandsregeln gehalten haben und trug keine Maske, wie die Stuttgarter Polizei gegenüber der Presse mitgeteilt hat. Damit sei auch gegen das Ansammlungs- und Alkoholverbot verstoßen worden, weshalb die Polizei die Menschen aufforderte, zu gehen. Etliche wurden dabei nach Angaben der Polizei aggressiv, es bildeten sich Sprechchöre gegen den Einsatz und die Beamten wurden beleidigt. Im weiteren Verlauf wurden dann Flaschen und Steine auf die Polizeikräfte geworfen. Aufgrund der schnellen und starken Polizeikräfte konnten aber erneute und umfangreichere Ausschreitungen verhindert werden. Spannend werden dürfte in den kommenden Tagen, wie die Medien die Randalierer wieder als „normale Jugendliche“ darstellen und dabei die Herkunft ausblenden.

## Kein Pass und trotzdem Asyl

Gut die Hälfte der erwachsenen Asylsuchenden hat im vergangenen Jahr keine Dokumente vorgelegt, die Herkunft, Namen und Geburtsdatum zweifelsfrei belegen. „Im Jahr 2020 lag der Anteil der Asylerstantragstellenden ab 18 Jahren ohne Identitätspapiere bei 51,8 %.

Im Jahr zuvor waren rund 49 % der erwachsenen Antragsteller ohne Papiere beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) vorstellig geworden. Im Jahr 2017 – dem ersten, für das im BAMF eine Statistik zur Vorlage von Identitätspapieren erstellt wurde – hatten knapp 61 Prozent aller Asylsuchenden im Alter ab 18 Jahren keine Dokumente dabeigehabt. Wer in Deutschland Asyl beantragt, kann seinen Namen, Geburtsdatum und seine Nationalität oft nicht nachweisen.

Jeder zweite Asylbewerber reist ohne Pass ein. Und das auch, weil es die Chancen zu bleiben erhöht. Dass seit vielen Jahren Asylbewerber mehrheitlich ohne Identitätspapiere hier ankommen, hat mehrere Gründe. Häufig dürfte dahinter aber Absicht stecken – das nehmen zumindest viele Fachleute an. Eine ungeklärte Identität erhöht die Bleibeance enorm.

Die Abschiebung eines abgelehnten Asylbewerbers ist nur möglich, wenn sein Herkunftsstaat ihn als eigenen Staatsbürger anerkennt. Solange der Herkunftsstaat dies bezweifelt – sei es, weil er ihn nicht zurücknehmen möchte oder weil er ihn tatsächlich nicht kennt, wenn der Asylsuchende getäuscht hat –, erhält der abgelehnte Asylbewerber (oder aus anderen Gründen ausreisepflichtige Ausländer) in der Regel eine Duldung. Am häufigsten kommen Afrikaner ohne Pass, oder sonstiges Identitätsdokument hier an, unter den volljährigen Asylerstantragstellern 2019 aus Nigeria und Somalia waren es rund 95 Prozent, Gambier waren zu 98 Prozent ohne jedes Papier.

Ebenfalls meist ohne Pass unterwegs sind folgende Asylbewerber: Pakistaner (81 Prozent) und Afghanen (78 Prozent). Damit nicht genug, denn auch 21 Prozent der volljährigen türkischen Antragsteller hatten 2019 keinerlei Dokument bei sich. Offenbar hat es sich inzwischen nicht nur in fernen Ländern herumgesprochen, wie einfach ein Aufenthalt in Deutschland ist, sondern auch bei Bündnispartnern. Deutschland entwickelt sich ungebremst zur Lachnummer der restlichen Welt, wobei konsequent von einigen Personen ausgenutzt wird, was auf einfachste Weise geboten wird.

## ! Jetzt Republikaner werden !



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. **Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei:** <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

WWW.REP.DE

## Jetzt informieren

- Ich habe Interesse an einer Infoveranstaltung
- Ich möchte Mitglied werden
- Ich bitte um weiteres Infomaterial

[www.rep.de](http://www.rep.de)
**DIE REPUBLIKANER**
**DIE REPUBLIKANER**  
**REP**

## VERANSTALTUNGSKALENDER

**Sehen Sie hier eine kleine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist.**  
**Weitere Informationen erhalten Sie von den Landesverbänden**

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen. Weitere Informationen unter: 0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Berchtesgaden:** Regelmäßige Stammtische: Infos unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Stadtrat: Tel.: 09191/31880.
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Samstag im Monat, um 17.00 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax: 0211-6022383.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, um 19.30 Uhr, in Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Hagen:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: hagen@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de

---

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER  
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**

---



# Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

**DIE REPUBLIKANER(REP)**  
 Postfach 140407  
 40074 Düsseldorf

# Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl Wohnort

Telefon Telefax

E-Post

Konfession / Beruf / Tätigkeit Geburtsdatum

Frühere Parteimitgliedschaft in .../von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen

Datum / Unterschrift

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post  
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) Zahlungsart Zahlungsrhythmus Beitrag mind. **10.00 €** monatlich, bzw. **5 €** für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Überweisung  Lastschrift  jährlich  halbjährlich

## Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut BIC/Swift-Code

IBAN

Datum / Unterschrift

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
<b>Kreisverband</b> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	<b>Bezirksverband</b> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	<b>Landesverband</b> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	<b>Bundesverband</b> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.